

Unverschämte Vorwürfe

CDU Nackenheim: SPD hat Gewerbegebiet blockiert

72. 6. 11. 1996

m. NACKENHEIM - Als durchsichtiger Versuch, von eigener Verantwortung abzulenken, bezeichnete der CDU-Vorsitzende Heinz Hassemer die jüngste Presseerklärung der SPD in der AZ. Die Behauptung, fehlende Gewerbeflächen in Nackenheim seien auf den Regionalen Raumordnungsplan zurückzuführen, sei bereits seit Jahren widerlegt. Vielmehr stünde der Gemeinde mit ihren 5000 Einwohnern und aufgrund des Bedarfs der heimischen Betriebe eine zusätzliche Gewerbefläche von mehreren Hektar zu.

Daß ein geeignetes Gelände im Unterfeld bis heute unerreich blieb, sei allein von der SPD zu verantworten. Hassemer erinnert daran, daß die SPD nach der Kommunalwahl 1980 eine schriftliche Koalitionsvereinbarung mit der BLN abgeschlossen habe, in deren Mittelpunkt die Verhinderung des Gewerbegebietes im Unterfeld stand.

Diese Haltung habe im Gemeinderat zu erbitterten Diskussionen und auf Antrag der CDU zu mehreren Abstimmungen geführt, bei denen sich SPD und BLN knapp durchgesetzt hätten. Dabei sei es auch zu namentlicher Abstimmung gekommen, so daß heute noch exakt nach-

vollzogen werden könne, wer gegen das Gebiet stimmte.

Als unverschämt wertet Hassemer, daß die SPD, die bei der letzten Kommunalwahl die Quittung für ihre Blockadepolitik erhalten habe, der heutigen Mehrheit aus CDU und FWG Untätigkeit vorwerfe. Dabei wisse auch die SPD, daß das Nackenheimer Gewerbegebiet nur im Rahmen einer Änderung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Bodenheim durchgesetzt werden könne. „Luftbuchungen“ im Haushalt der Ortsgemeinde oder leere Versprechungen auf örtlicher Ebene seien reine Augenwischerei.

Deshalb begrüße die Nackenheimer CDU den Beschluß des Verbandsgemeinderates vom 29. Oktober, mit dem die Verwirklichung des Gewerbegebietes tatsächlich erstmals den entscheidenden Schritt vorangebracht worden sei. Dies sei das Ergebnis jahrelanger beharrlicher Bemühungen von VG-Chef Gerhard Krämer, Ortsbürgermeister Bardo Kraus sowie der Ratsmitglieder von CDU und FWG. Es bleibe nun zu hoffen, daß es gelinge, die von der SPD zu verantwortende Gefährdung des Gewerbegebietes wieder zu korrigieren.